

klartext

Seite 4:

Wirtschaft und Gewerkschaft – Gespräch mit dem DGB-Chef Sachsen-Anhalt

Seite 8:

Benennung der Täter – Interview zur Wehrmachtausstellung in Halle

Seite 11:

Rom oder Nizza? – Verfassungsentwurf der Europäischen Union



Neues Programm der PDS, und jetzt?

von Prof. Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS



Wir haben uns mit dem Programmparteitag in Chemnitz ein modernes und realistisches Programm gegeben. Wir werden mit unseren Reformalternativen und der Agenda Sozial gebraucht.

Ich bin gerade aus Paris zurückgekommen, wo sich 60.000 Menschen zum Europäischen Sozialforum versammelt haben und gegen ein neoliberales Europa demonstrierten. Die PDS macht Politik für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa.

Wir werden – wie zur Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag am 1. November in Berlin – auf soziale Bewegungen, auf Kirchen und Sozialverbände, auf die Gewerkschaften und engagierte Menschen zugehen, die sich mit der deutschen Sicherheitspolitik und den Folgen der Agenda 2010 nicht abfinden. Schon die vergangenen zehn Jahre zeigen deutlich, dass die Besitzer wachsender Vermögen nicht in Arbeitsplätze investieren. Auf der anderen Seite wächst die Armut, Bildungschancen werden wieder von der sozialen Herkunft abhängig. Versicherte der Krankenkassen, Rentnerinnen und Rentner und abhängig Beschäftigte werden zur Kasse gebeten. Kleine und mittelständische Unternehmen gucken mit Unverständnis auf die Subventionen an Großunternehmen, die im Gegenzug mit Standardflucht drohen.

Zur Reformierung der sozialen Sicherungssysteme schlagen wir eine verbreiterte Einnahmehasis vor, die alle Erwerbsarten einbezieht, auch Mieten, Pachten, Spekulationsgewinne. Eine Wieder-

führung der Vermögenssteuer und die gerechte Besteuerung der großen Kapitalgesellschaften sind das Mindeste, was den Kommunen den Spielraum für eine regionale Investitionspolitik und den Ländern Chancen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgibt. Die hohe Arbeitslosigkeit im Osten spitzt den Problemdruck zu. Wir haben eine neue Transferpolitik vorgeschlagen, die eine finanzielle Entlastung der gesamten Republik und den Weg zu einer selbsttragenden Entwicklung zum Ziel hat.

Kommunalpolitik ist eine Wurzel der PDS. Sie lebt im Spannungsfeld zwischen Entscheidungen aus Brüssel, den Folgen der Bundespolitik und den Sorgen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger auf ein lebenswertes, sicheres und lebendiges Wohnumfeld. Die von der Bundesregierung beschlossenen Schritte zu einer Vergrößerung der

„Politik für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa“

Einnahmehasis der Kommunen und zu einer Novellierung der Gewerbesteuer, die von der PDS schon lange gefordert wurden, reichen nicht aus. Wir fordern eine Investitionspauschale für die Kommunen und die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz, damit nicht die Lasten der Gesetzgebung der Bundespolitik auf die Kommunen abgewälzt werden. Bei einer stagnierenden Binnenkonjunktur kann man nicht Sparpolitik nach Kassenlage im Bund machen und auf der Ausgabeseite die Zukunft wegfeilen. Weder die Hartzgesetze noch die Kürzungen bei Rente und Gesundheit sind Lösungen für Reformen in einem reichen Land wie Deutschland. Deutschland ist kein Opfer des internationalen Wettbewerbs, sondern einer der Motoren. Die Rüstungsausgaben steigen und die parlamentarische Kontrolle über fragwürdige Einsätze der Bundeswehr im Ausland soll beschnitten werden. Die Entwicklungslogik ist einfach falsch und braucht einen energischen politischen Widerstand.

KOLUMNE

Neues Programm der PDS, und jetzt?Seite 2

SEITE 3

Für ein anderes Europa in einer anderen WeltSeite 3

Sich stark machen: Gute Gründe für mehr direkte DemokratieSeite 3

INTERVIEW

Gespräch mit Udo Gebhardt (DGB) und Dr. Frank Thiel (PDS)Seite 4

THEMEN

Den Widerstand verbreitern helfen ..Seite 6

Wir demonstrieren mit!Seite 7

Katowice – eine Region im Umbruch ..Seite 7

Benennung der TäterSeite 8

Ländliche Räume in Sachsen-Anhalt brauchen eine ZukunftSeite 10

„Verfassung von Rom“ oder „Verfassung von Nizza“Seite 11

REGIONALES

Dass man Menschen doch helfen mussSeite 12

Bürger schützen kommunales EigentumSeite 12

Friedenswege für eine zivile Colbitz-Letzlinger HeideSeite 13

Schulschließungen bedeuten zusätzliche weiße FleckenSeite 14

Mit der Jugend in die ZukunftSeite 14

BRIEFE AUS DEM LANDTAG

Mensch Ete, altet HausSeite 15

TermineSeite 13

ImpressumSeite 15

Rosis BackstubeSeite 16

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klar^{text}
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40

Fax: 03 91/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

www.pds-sachsen-anhalt.de

Für ein anderes Europa in einer anderen Welt

Zum 2. Europäischen Sozialforum in Paris

von Dr. Angelika Klein

Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, verarmte Kommunen und Kürzungen bei Bildung und Kultur bestimmen inzwischen europaweit den Alltag von Millionen Menschen. Globalisierung und Standortwettbewerb sind die Begründungen, mit denen Politiker den neoliberalen Kurs der Deregulierung und Privatisierung der öffentlichen Güter begründen. Doch der Neoliberalismus hat nicht die Überwindung von Hunger, Elend, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit zum Ziel, sondern die Durchsetzung der Interessen der transnationalen Konzerne. Neoliberale Mythen von hohen Lohnnebenkosten, von der größeren Effizienz des Privaten vor der öffentlichen Hand, vom Zwang zum Sparen sind von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern verinnerlicht worden. Das Gefühl der Ohnmacht wächst.

Nur langsam wächst der Widerstand gegen die neoliberale Politik. Hunderttausend Menschen gingen am 1. Novem-

ber gegen Sozialabbau in Berlin auf die Straße. Zehntausende waren es auch, die anlässlich des 2. Europäischen Sozialforums am 15. November zur Demonstration nach Paris kamen. Mehr als zehntausend Studenten und Wissenschaftler protestierten am 20. Novem-

**„Nur langsam
wächst der
Widerstand.“**

ber in Magdeburg und Halle gegen die Sparpläne in Wissenschaft und Bildung. Um dieses kleine Pflänzchen Widerstand zum Größenwachstum anzuregen, müssen Alternativen zur Gestaltung einer solidarischen, einer sozialen und ökologischen Globalisierung entwickelt werden. Eine Wirtschaftspolitik muss her, die soziale Prioritäten setzt wie Arbeits-

und Ausbildungsplätze, öffentliche Dienstleistungen und Umweltschutz. Tiefgreifende soziale und demokratische Veränderungen in Europa sind eine Grundvoraussetzung für eine demokratische und friedliche Lösung auch der globalen Probleme. Vertreter von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien debattierten darüber vom 12. bis 15. November auf dem 2. Europäischen Sozialforum in Paris. Die Palette der Themen reicht von Fragen der Arbeitszeitverkürzung über die Auswirkungen der Politik der Welt Handelsorganisation bis zu den Rechten von Einwanderern und Flüchtlingen. Die geplante EU-Verfassung wurde ebenso debattiert wie die USA-Politik im Irak und die Lage in Israel und Palästina. Das Signal, das die Teilnehmer des Europäischen Sozialforums aus Paris mitgenommen haben, ist: Eine andere Welt ist nicht nur zwingend notwendig, sie ist möglich.

Sich stark machen:

Gute Gründe für mehr direkte Demokratie

von Alexander Fuchs

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Dieser Satz ist im Grundgesetz nachzulesen. Artikel 20 der deutschen Verfassung sagt darüber hinaus, dass das Volk die Staatsgewalt in Form von Wahlen und Abstimmungen ausübt. Zu diesen Abstimmungen zählen auch Volksbegehren, womit wir beim eigentlichen Thema sind. Es ist viel gegen das laufende Volksbegehren gewettert worden. Die Gegenargumente sind mittlerweile ebenso bekannt wie die generellen Aversionen von Politik und Regierung gegen Formen direkter Demokratie. Die bisher erreichten gut zwei Drittel der benötigten Unterschriften zeigen, dass es vielen Menschen in Sachsen-Anhalt anscheinend nicht genügt, alle vier Jahre an der Wahlurne ihr Kreuzchen zu machen. Das Volksbegehren gibt die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen und Druck auf die Landespolitik zu entfalten. Und was noch wichtiger ist: Volksbegehren lassen Politiker vorsichtig werden. Legislaturperioden sind lange Zeiträume, da kann ein wenig Vorsicht nicht schaden. Volksbe-

gehren schärfen den Blick der Politiker, und zwar auch den in das eigene Wahlprogramm. Legt man die Wahlversprechen von CDU, FDP und das Kinderförderungsgesetz zusammen, bleibt festzuhalten: Die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts sind veralbert worden. Und das mit sich machen zu lassen, sollte der Souverän – das Volk – nicht nötig haben. Deshalb ist das Volksbegehren wichtig. Es ist ein Instrument, um sich stark zu machen.

**„Die Demokratie hat
zwei Standbeine: Wahlen und
Abstimmungen.**

**Seit über vierzig Jahren
hüpft unsere Demokratie
auf einem Bein herum.**

**Das muss sich ändern, damit
wir sicher und gefestigt in die
Zukunft gehen können.“**

(Mehr Demokratie e.V.)

**AUF
ZUM
VOLKS
BEGEHREN**

Das Volksbegehren gegen das Kinderförderungsgesetz von CDU, FDP und SPD läuft noch bis Februar 2004. Bisher wurden 2/3 der notwendigen 250.000 Unterschriften gesammelt.

Wer sich mit seiner Unterschrift gegen die massive Verschlechterung der Kinderbetreuung wenden will, hat dazu in allen Büros und Geschäftsstellen der PDS Sachsen-Anhalt, an zahlreichen Infoständen und bei unseren Partnern im „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ die Chance.

„Agenda 2010 ist ökonomisch kontraproduktiv“

Interview mit Udo Gebhardt (DGB) und Dr. Frank Thiel (PDS-Landtagsfraktion)

klartext führte Udo Gebhardt, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen-Anhalt, und Frank Thiel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, zu einem Austausch über Gewerkschaften und linke Wirtschaftspolitik zusammen. Wir dokumentieren das Gespräch.

Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hat gesagt: „Ich wünsche mir manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuworfen. Danach könnte man einfach wieder von vorn anfangen“. Stehen sich Wirtschaft und Gewerkschaft unversöhnlich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen gegenüber und muss die Politik der Schlichter unter den Streitparteien sein?

Gebhardt: In diesem speziellen Fall gibt es nichts zu schlichten. Es handelt sich hier um einen intellektuellen und formalen Un-Fall, den Herr Rogowski verursacht hat, und er bleibt allein der Geschädigte. Herr Rogowski hat ja damit auch in weiten Teilen der Wirtschaft und deren Verbänden Erschrecken ausgelöst. Und was das Sprachbild vom Verbrennen angeht: Es ist schon bedauerlich, dass die so genannten bürgerlichen Kreise sich nicht mehr um die dazu gehörige Bildung bemühen.

Generell: Wirtschaft und Gewerkschaften haben unterschiedliche Interessen – allerdings vor dem Hintergrund, dass beiderseits klar ist: Arbeitnehmer brauchen die Wirtschaft, die Wirtschaft braucht die Arbeit. Dafür gibt es politisch gestaltete Regularien. Zum Beispiel das Betriebsverfassungsgesetz.

Thiel: Politik neigt ja meistens dazu, sich immer nur Erfolge zuzuschreiben. Wenn es bei uns in einzelnen Branchen zu erfolgreichen Entwicklungen gekommen ist, dann hat das weniger mit der Wirtschaftspolitik der Regierung als mehr mit dem engagierten Einsatz der Unternehmer und ihrer Belegschaften zu tun. Das wissen eigentlich Arbeitgeber genauso wie Arbeitnehmervertreter. Deswegen sollte man sich als Politiker auch nicht in Tarifaueinandersetzungen einmischen. Märkte, Wettbewerb und Eigentumsplu-

ralismus betrachten wir für eine innovative Wirtschaftsentwicklung als unverzichtbar – das sage ich als PDS-Politiker sehr deutlich. Da jedoch Märkte soziale und ökologische Interessen nicht unbedingt vordergründig berücksichtigen, müssen die entsprechenden Regularien des Marktes durch gesellschaftliche Regularien ergänzt werden. Und diese zu definieren, das ist die Hauptaufgabe der Politik.

Wird die Wirtschaft gegenwärtig ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht?

Gebhardt: Nein. Siehe das Arbeitsplatzangebot. Siehe die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze und, und, und. Ich halte es aber auch für eine Illusion zu glauben, einzelne Unternehmen

„Die Gewerkschaften müssen ihre Strukturen internationalisieren.“

oder deren Summe, die man „die Wirtschaft“ nennt, sehen sich in irgendeiner Pflicht, es sei denn ihrem eigenen Betriebsergebnis gegenüber. Was darüber hinaus geht, ist entweder gesetzlich – also politisch – geregelt oder dem Kräftefeld mit der Arbeitnehmerseite, insbesondere den Gewerkschaften, geschuldet. Der Rest sind Benefiz-Veranstaltungen, wie etwa Sport- und Kulturförderung, die aber eigentlich in den Bereich PR gehören. Wenn zum Beispiel ein PDS-Mitglied Unternehmer ist, ist es o.k., wenn er sich als Sozialist definiert und so verhält. Von ganz außen betrachtet, wird er sich nicht anders verhalten können, als es der oben genannte Rahmen erlaubt. Ich nehme mal an, dass er innerhalb dieses Rahmens – aus unserer Sicht – der bessere Unternehmer ist. Wenn er in seine Unternehmensentscheidungen Betriebsrat und Gewerkschaft klugerweise einbindet, wird er möglicherweise ein erfolgreicher Kapitalist. Das muss seinen sozialistischen Hintergrund gar nicht mal stören. Es gibt westdeutsche Unternehmerbiografien ehemaliger 68er, die ähnlich verlaufen sind.

Gibt es überhaupt eine linke Wirtschaftspolitik und wie begegnen Gewerkschaften als kritische Begleiter solchen Vorstellungen?

Thiel: Wir bewerten eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht einfach nach der Höhe und der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes, sondern vor allem nach ihrem Beitrag für ein selbstbestimmtes Leben für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Rot-Grün und Schwarz-Gelb gehen in ihren politischen Ansätzen davon aus, dass Sozialabbau unverzichtbar und alternativlos sei, um die wirtschaftliche Dynamik zurückzugewinnen. Die Probleme bestehen jedoch vorrangig darin, dass die geringen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes zu stark vom Export abhängen und der private und öffentliche Konsum und die damit verbundenen Investitionen stagnieren und teilweise zurückgehen. Die Agenda 2010 ist in diesem Sinne ökonomisch kontraproduktiv, da sie genau diese Binnenkaufkraft schwächt und nicht zu deutlichen Effekten beim Abbau der Arbeitslosigkeit und damit zu weiteren Steuer- und Abgabenausfällen führen wird. Absolute Priorität muss die Stabilisierung der Nachfrage haben.

Gebhardt: Dem stimme ich zu. Aber das funktioniert nur auf der Basis ausreichender und gesicherter Mitbestimmung. Kaufkraft und Binnenkonjunktur brauchen einen geregelten Arbeitsmarkt. Stichwort Flächentarife.

Solche linken Positionen, wie sie Gewerkschaften oder PDS vertreten, finden trotz des Sozialabbaus gegenwärtig kaum eine breite Unterstützung. In Berlin gingen am 1. November Hunderttausend auf die Straße, mehr als mancher erwartet hatte, aber dennoch: Millionen sind betroffen. Warum stellen sich nicht mehr Menschen gegen die neoliberale Politik?

Gebhardt: Es sind ja viel mehr als Hunderttausend. Die breite Diskussion um die Agenda 2010 führt nur deshalb nicht zum Millionen-Aufschrei, weil es sich nicht um eine JA-oder-Nein-Frage handelt, wie etwa bei einem drohenden Krieg, sondern um eine Mehr-oder-weniger-Frage. Differenzierungen sind immer

problematisch, Kompromisse paralisieren den Volkszorn.

Nun sind ja im neuen Parteiprogramm der PDS nach heftigen Debatten die Begriffe „unternehmerisches Handeln“ und „Gewinninteresse“ als Voraussetzung für Innovationen unter bestimmten Bedingungen aufgenommen worden. Eine Verneigung vor Kapitalinteressen?

Thiel: Ich sehe diese Passage nicht als Verneigung vor dem Gewinninteresse heutiger Konzerne oder als Aussöhnung mit der kapitalistischen Produktionsweise. Nein, ich verstehe es als ein wichtiges Signal, eine nicht unwichtige Bevölkerungsgruppe in unserem Diskussionsprozess um ein neues Gesell-

„Die Agenda 2010 wird nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen.“

schaftsmodell mit einzubeziehen. Massenhafte kleine Unternehmen sind eine nicht mehr wegzudenkende Realität. Das diese Realität nicht widerspruchsfrei ist, ist doch wohl unbestritten: Selbstausbeutung, Konkurrenzkampf sind Tatsachen. Aber in der überschaubaren Perspektive werden wir diese Widersprüchlichkeit nicht beseitigen können. Und gerade deshalb finde ich die im Programm formulierten Ansprüche an das Zurückdrängen der Profitdominanz auf die Gesellschaft richtig, die Betonung der Vielfalt der Eigentumsformen, die am Markt agieren und die Unterstützung derjenigen Eigentumsform, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.

Sachsen-Anhalt soll nach dem Willen der jetzigen Landesregierung zum Musterland für Bürokratieabbau und Flexibilisierung am Arbeitsmarkt werden...

Thiel: Es gibt wohl niemanden in diesem Land, der sich nicht Bürokratieabbau wünscht. Jedoch gilt es, die beabsichtigten Wirkungen genau zu hinterfragen. Denn der Abbau von Arbeitnehmerrechten hat nicht gerade eine Signalwirkung für die positive Motivation von Beschäftigten. Teilzeitjobs und niedrige Bezah-

lung haben sich seit Jahren eben nicht als Wachstumsmotor erwiesen. Diesen Beweis brauchen wir nicht ständig anzutreten. Bürokratieabbau heißt für mich vor allem Abschaffung und Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften, aber nicht zugunsten Einzelner auf Kosten gesellschaftlicher Interessen. Gezielt wird dabei nicht auf die Abschaffung von Beteiligung und demokratischer Mitwirkung in den Politikbereichen, sondern auf rascheres und besseres Verwaltungshandeln, deren Bescheide auch in hohem Maße von unterschiedlichen Interessengruppen akzeptiert werden und somit bestands- und rechtssicher sind.

Gebhardt: Dem stimme ich zu. Was die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angeht, da wünschte ich mir aber, dass das Kabinett mal eine Klassenfahrt zum Beispiel nach Wolfsburg (Volkswagen) oder Rüsselsheim (Opel) macht – bei entsprechendem Lerneffekt auch steuerfinanziert. Da findet sie jeweils leistungsfähige, innovative Unternehmen, die einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben, wo es starke Gewerkschaften gibt, die sich auch auf wirtschaftliche Flauten flexibel einrichten können und Unternehmensleitungen, die das zumindest einsehen. Wenn dort Tausende von Arbeitsplätzen nicht abgebaut wurden, dann wissen die dortigen Landespolitiker den Anteil der Gewerkschaften daran zu schätzen.

Einerseits wird von Globalisierung gesprochen, andererseits sind die Versuche, die Gewerkschaftsbewegung im nationalen Rahmen zu schwächen, unübersehbar. Wie will sich der DGB dem Problemkreis internationale Wirtschaftsverflechtungen und nationale Gewerk-

schaftsorganisationen stellen? Welche Botschaft sollten linke Parteien in ihrem Kampf besonders auf europäischer Ebene aufnehmen?

Gebhardt: Mit der Osterweiterung der EU wird sich ganz Europa verändern, bis an seine Westgrenzen. Die Schutzregeln für den Arbeitsmarkt geben nur eine kurze Frist, um sich darauf vorzubereiten, dass Billiglohnangebote eine geringere Rolle spielen. Wir wissen ja, wie schnell der Handel und die Unternehmen reagieren und damit auch der Arbeitsmarkt. Der DGB steht mit den Gewerkschaften aus den Beitrittsstaaten in Kontakt, um Chancengleichheit und Mitbestimmung auch in Mittel- und Osteuropa zu verbessern. Die Gewerkschaften müssen ihre internen Strukturen internationalisieren. Grenzübergreifende Mitgliedschaften sollten möglich werden.

Diese ganze Problematik muss breit bewusst werden. Dazu brauchen wir die Parteien in Europa.

Ich habe Sorge, dass die Politik und auch die Gewerkschaften der Entwicklung hinterher rennen werden. Alle demokratischen internationalen Organisationen sind sehr schwerfällig. Das ist so bei der UNO, bei der EU und leider auch bei allen Gremien, die von Gewerkschaften mitbestimmt sind: ILO, EGB. Selbstkritisch muss ich nach der organisatorischen Flexibilität der Gewerkschaften fragen.

Internationale Konzernbetriebsräte – wie etwa bei VW – reichen bis in die so genannten Drittweltländer. Angesichts der globalen Situation ist das aber nur ein schwacher Trost.

Das Gespräch führten Matthias Höhn und Dr. Martin Reso.

9. Dezember 2003, 17.00 Uhr, KIZ Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
„Ein Leben in der Diplomatie“

12. Dezember 2003, 20.00 Uhr, Blaue-Welt-Archiv Magdeburg, Thiemstraße 13
„Konzentrationslager in Magdeburg“

15. Dezember 2003, 15.00 Uhr, KIZ Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
„Zur aktuellen politischen Entwicklung in New Zealand“

15. Januar 2004, 18.00 Uhr, KIZ Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
„Zur Wirtschaftsförderung von mittelständischen und kleinen Unternehmen“

26. Januar 2004, 15.00 Uhr, Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
„Gewerkschaften unter Problem- und Zeitdruck – Wie verhindert man ‚gewerkschaftsfreie Zonen‘?“

bildungsverein.elbe-saale@t-online.de oder 0391/732 49 80

BILDUNGSVEREIN ELBE-SAALE E.V.

Den Widerstand verbreitern helfen

von Hans-Werner Brüning, Magdeburg

Unter den über 100.000 Menschen, die am 1. November 2003 in Berlin auf die Straße gegangen sind, waren auch Magdeburger Mitglieder und Sympathisanten der PDS. Wir sind aus allen Himmels-

Steuerpolitik der Bundesregierung, von der die Reichen profitieren und die durch Kürzungen von Sozialleistungen gegenfinanziert wird. Das ganze Gegenteil ist die Agenda Sozial. Sie ist möglich, denn

die Moderatorin der Kundgebung mit den Worten an, dass „wir von ihm die wahren Gründe für den Sozialabbau hören“. Schonungslos brachte er zur Sprache, dass die Bundesregierung wie auch die Oppositionsfraktionen CDU/CSU und FDP das Profitmachen der großen Konzerne begünstigen.

Steigerung der Produktivität schafft freie Zeit. Das könnte die Menschen berei-



Foto: Magdeburger Stadtjournal GmbH

„Desolate Staatskasse kein Grund für Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe“

chern. Doch das Profitsystem macht sie überflüssig und entzieht ihnen die Arbeit als Lebensgrundlage. Alle arbeitenden Menschen sind Betroffene, nicht nur Arbeitslose und von Sozialhilfe Abhängige. Die programmierte Armut der Arbeitslosen und die Lockerungen von Kündigungsschutz und Tarifverträgen bewirken Lohndrückerei bei den Beschäftigten in den Unternehmen. Offensichtlich gibt es grundlegende Gemeinsamkeiten, die es der PDS ermöglichen, sich aktiv an der gesellschaftlichen Bewegung gegen Hartz und andere Grausamkeiten zu beteiligen. Wir können sie vor allem mit unseren Positionen verbreitern helfen. Hierzu sind alle demokratischen Sozialisten herausgefordert.

richtungen in die Bundeshauptstadt gekommen. Der von Rot-Grün betriebene Sozialraub hat uns vereint. Die Hartz IV-Gesetze und Steuergeschenke an die Reichen rufen viele Gegenkräfte hervor. Viele Mitglieder und Sympathisanten der PDS engagieren sich bereits gegen den Abriss der sozialen Sicherungssysteme. „Wir sind viele!“ und „Wir kommen wieder!“ hörten wir in Berlin immer wieder. Der Aufruf von Anti-Hartz-Bündnissen, Gewerkschaftern, des „Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne“, der PDS und von vielen anderen zur Demonstration in Berlin hat den Nerv von Millionen Menschen getroffen. Zunehmende Beteiligung an weiteren Anti-Agenda-2010-Aktionen kann die Pläne der Schröder-Fischer-Regierung durchkreuzen und auch die nicht minder unsozialen Ziele der schwarz-gelben Opposition vereiteln. Im Selbstlauf kommt das allerdings nicht.

Am 1. November 2003 haben wir eine wichtige Erfahrung gemacht: Die meisten Forderungen der PDS, die im Zusammenhang mit der Agenda Sozial stehen, erheben auch andere gesellschaftliche Kräfte: Gewerkschaften, Sozialverbände, attac und andere. Unser Parteivorsitzender, Lothar Bisky, redete dicht umdrängt bei einem Meeting der PDS über die

die desolate Staatskasse ist für Lothar Bisky nicht der Grund für die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, sondern Ergebnis der jämmerlichen Politik von Rot-Grün. „Die Regierung hat zu Beginn ihrer Amtszeit nach 1998 den großen Konzernen 50 Milliarden Körperschaftssteuern geschenkt. Jetzt begründet sie mit dem fehlenden Geld den Abbau des Sozialstaates“, so der PDS-Vorsitzende.

Nicht anders einer der Hauptredner auf dem Gendarmenmarkt. Professor Rainer Roth (FH Frankfurt am Main) kündigte



Wir demonstrierten mit!

von Anika, Sofie, Steven und Ronny,
PDS-Jugendgruppe Merseburg-Querfurt

Es war Samstagnacht 8.00 Uhr als wir uns zu viert auf den Weg nach Berlin zur Demonstration machten.

Umständlich, von Merseburg per Zug nach Halle, von Halle mit den Bus nach Berlin...

Überall bis zu einer Stunde Wartezeit und kalte Füße! Zusätzlich gab es einige verkehrsbedingte Überraschungen auf der Autobahn. Die lieben Kollegen der Polizei waren der Meinung, unbedingt an diesem Tag Busse kontrollieren zu müssen. Ja, ja wer eine Reise macht, der kann was erzählen!

Wir kamen dann doch noch an unserem Bestimmungsort an. Der erste Eindruck war, zumindest für unsere Demo-Neulinge, überwältigend!



So viele Menschen! Und alle mit den selben Zielen! Später erfuhren wir auch eine Teilnehmerzahl: Einhunderttausend, in Zahlen 100.000! Damit hatte niemand gerechnet.

Die Marschroute ging vom Alexanderplatz im großen Bogen um den Fernsehturm zum Gendarmenmarkt, wo dann die große Kundgebung stattfand. Wir protestierten gegen Sozialabbau, gegen die Agenda 2010, für mehr Arbeitsplätze. Unsere ausländischen Mitstreiter kämpften um bessere Ausbildungsplätze für ihre Kinder und für eine stärkere Integration. Gute vier Stunden marschierten wir und merkten dann auch unsere Füße. Bei aller Begeisterung und der Hoffnung, etwas in Bewegung setzen zu können, freuten wir uns dann irgendwann auf den wartenden Bus.

Auf der Rückfahrt ließen wir den aufregenden Tag Revue passieren, glücklich landeten wir am späten Abend wieder in Merseburg. Zwar abgekämpft aber zufrieden mit dem Tag und gespannt auf die nächste Aktion.

Katowice – Eine Region im Umbruch

von Matthias Gärtner

Die öffentliche Sicherheit in einem Kriminalitätsschwerpunkt war das Schwerpunktthema, mit dem sich der Arbeitskreis I der Landtagsfraktion während einer Informationsreise in Katowice auseinandersetzte. Und das Ganze noch unter dem Blickwinkel der EU-Erweiterung. In der Region Katowice, die von Gliwice bis Myslowice reicht, leben gut vier Millionen Menschen. Eine Großstadt geht in die andere über. Merkmal dieses Landstriches im Süden Polens waren bis vor einiger Zeit die Dutzenden von Steinkohleförderern und die Schornsteine der Erzfabriken. Viele davon sind jetzt schon stillgelegt und nur noch Industrieruinen. Weitere werden folgen. So sollen in der Stadt Bytom, in der 200.000 Menschen leben, in nächster Zeit zwei Gruben geschlossen werden, erzählt Andrzej Bilnik, Chef der in Polen regierenden sozialdemokratischen Linken in Katowice. Er ist grad nicht gut auf die Zentralregierung in Warschau zu sprechen, denn mit den beabsichtigten Schließungen verlieren weitere 4.000 Bergleute ihren Job. Auf einen verloren gegangenen Job in der Grube kommen vier Arbeitsplätze „oben“. Schon jetzt liegt die Arbeitslosigkeit in Bytom bei 26 Prozent. Sollten die Schließungen erfolgen, sind es 40. Bilnik fürchtet ein Kippen der sozialen Situation in der Stadt. Zudem ist Bytom die einzige Stadt der Region Katowice, die noch von den Linken regiert wird. Vom Drogenbeauftragten des Sozialamtes der Stadt Katowice ist zu erfahren, dass die Region ein Drogenumschlagplatz für ganz Polen ist. Drogen werden insbesondere in Parks und auf öffentlichen Plätzen konsumiert. Etwa 375.000 Euro stehen ihm für Präventionsmaßnahmen jährlich zur Verfügung. Davon wer-

den beispielsweise 20 Beratungsstellen und eine Entziehungsanstalt finanziert. Ein paar Kilometer weiter in Chorzow existiert ein Zentrum, in dem Methadon an Heroinabhängige ausgereicht wird. Auch bei der örtlichen Polizei befürchtet man, dass bei einer massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Region sich die soziale Situation zuspitzt und ein Umkippen droht. Schon jetzt ist die Lage in den Gefängnissen der Region dramatisch. Insgesamt gäbe es 7.000 Haftplätze, real sitzen aber 8.400 Personen in den insgesamt 16 Gefängnissen der Region. In drei Gefängnissen ist eine Überbelegung von 50 Prozent zu verzeichnen. Allein bis Ende August diesen Jahres wurden in der Region 88 Morde begangen. In Sachsen-Anhalt sind jährlich 20 bis 25 Morde zu registrieren. Insgesamt sorgen 12.000 Polizisten in der Region Katowice für die Sicherheit der Bürger. Allerdings verdient man als Polizist mit 400 bis 450 Euro nicht üppig. Trotz allem gibt es in der Region hinsichtlich des Beitritts Polens zur Europäischen Union viel Optimismus, weiß der Vertreter des europäischen Regionalzentrums zu berichten. Der Anteil der EU-Beitrittsbefürworter beim Referendum im Frühsommer diesen Jahres war hier besonders hoch. Man erhofft sich von der EU Unterstützung bei den so dringend benötigten Investitionen in die Infrastruktur und bei der Umstrukturierung dieses Industriegebietes. Dabei können Erfahrungen, die beim Transformationsprozess in Ostdeutschland gesammelt worden sind, hilfreich sein, auch wenn man die Situation Polens heute nicht eins zu eins mit der in den neuen Bundesländern vergleichen kann.

Unter www.pdlsa.de

sind alle bisherigen Ausgaben
von klartext
komplett abrufbar.

klartext

Benennung der Täter

Interview mit Peter Klein M.A., Hamburger Institut für Sozialforschung, zur Wehrmachtsausstellung

Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ ist vom 14. November 2003 bis 11. Januar 2004 in Halle zu sehen. Sie resultiert aus den Debatten um die erste Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) zum Thema, die bereits von 1995 bis 1999 lief. Diese war wichtiger Bezugspunkt für die geschichtspolitische Auseinandersetzung und den gesellschaftlichen Diskurs über die Zeit des Nationalsozialismus. Besonders vehement waren die Angriffe aus dem konservativen bis zum rechtsextremen Lager. Nach seriöser wissenschaftlicher Kritik, vor allem an der Zuordnung von Fotodokumenten, wurde die ursprüngliche Präsentation 1999 zurückgezogen. Die völlig neu konzipierte Ausstellung wurde im November 2001 in Berlin erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Station in Sachsen-Anhalt ist die vorletzte. Nachdem sie ihre Tour in Hamburg beschließt, wird die Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin eingelagert.

Vor ihrer Eröffnung in Halle konnten wir mit Peter Klein M.A. vom Hamburger Institut für Sozialforschung ein Interview führen. Herr Klein ist Sprecher im Team der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“.

Die Wehrmachtsausstellung thematisiert die Beteiligung der Wehrmacht an einem beispiellosen Rassen- und Vernichtungskrieg. Die alte Ausstellung gliederte sich nach drei Kriegschauplätzen: Serbien, Weißrussland und der Weg der 6. Armee. Welcher Konzeption folgt die in Halle zu sehende Ausstellung?

Im Mittelpunkt stehen nicht mehr Regionen, sondern unterschiedliche verbrecherische Dimensionen dieses Vernichtungskrieges. Vor dem Hintergrund des damals geltenden Kriegsvölkerrechts soll der bewusste Verstoß hiergegen bereits während der Planungsphase des Überfalls auf die SU verdeutlicht werden. Anschließend werden die systematisch begangenen Verbrechen sowohl gegen Soldaten der Roten Armee wie auch gegen Zivilisten an den Tatorten konkretisiert. Dem Massenmord an den Juden wird mit zwölf Tatorten ein Schwerpunkt eingeräumt.

Wissenschaftlicher Diskurs und öffentliche Meinung sind besonders im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus nicht immer deckungsgleich. Die Ausstellung, die sich an die breite Öffentlichkeit wendet, hat Mitte der neunziger Jahre die Legende von der sauberen Wehrmacht im Dritten Reich nachhaltig erschüttert. Ist die wissenschaftlich gesicherte These von der Besonderheit des Vernichtungskrieges heute allgemein akzeptiert?

In weiten Teilen der Gesellschaft sicherlich. Das Gerede vom unpolitischen, ritterlichen Kampf gegen die Rote Armee beschränkt sich auf Kreise, die kritischen Fragen ausweichen müssen, weil sie längst feststehende Forschungsergebnisse nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Es wäre jedoch noch immer zu fragen, ob die Akzeptanz dieses Krieges als Vernichtungskrieg wirklich einhergeht mit der Vergewisserung, dass er nur mit deutschen Soldaten aus deutschen Familien geführt werden konnte, kurzum: Kein Krieg lässt sich als verbrecherisch qualifizieren, wenn die Täter unbenannt bleiben. Die Ausstellung nennt an den Tatorten die Verantwortlichen, sie waren Durchschnittsmenschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Im Ausstellungsteil „Handlungsspielräume“ beweisen individuelle Entscheidungsverläufe, dass es möglich war, verbrecherische Befehle straffrei zu verweigern. Inwieweit lassen sich die Aussagen über Wehrmachtangehörige auf die allgemeine Debatte über individuelle Verantwortung im Dritten Reich übertragen?

Der Unterschied zwischen Zivil und Militär muss klar sein: Der NS war eine Zustimmungsdiktatur, die bis weit in die

letzte Kriegsphase hinein kaum erodierte. Die deutsche Zivilgesellschaft überwachte sich selbst auf Abweichler, das zeigen die Analysen der überlieferten Gestapoakten. Im Militär hingegen herrschte eine viel stärkere Gehorsampflicht, so dass ein Ausschöpfen vorhandener Handlungsspielräume möglich, aber schwieriger war. Für die Diskussion bedeutet dies, dass erstens die individuelle Verantwortung in der Zivilgesellschaft viel mehr Möglichkeiten hatte, sich zumindest still zu verweigern – ein Potenzial, das nicht ausgeschöpft werden wollte. Zweitens, dass auch bei der Wehrmacht kein starres Befehls-Gehorsams-Verhältnis herrschte, das den Soldaten ausweglos in die Verbrechen hinein verstrickte.

Die Expertenkommission, die sich mit der fachlichen Kritik an der ursprünglichen Fassung auseinandersetzt, kritisierte neben der falschen oder ungenauen Beschriftung von verwendeten Materialien auch eine suggestive und pauschalierende Art der Präsentation. Die versachlichte Konzeption der aktuellen Ausstellung – Schrift hat jetzt den Vorzug vor dem Foto – ist ein Ergebnis dieser Kritik. Ist sie auch bewusste Abgrenzung vom geschichtspolitischen Diskurs?

Mit Sicherheit nicht, denn Suggestionen und Pauschalierungen würden einen seriösen Diskurs nicht durchhalten. Wenn ein historisches Thema über Jahre hinweg ein derartig hohes Konfliktpotenzial in sich trägt, muss es so präsentiert sein, dass es stets erklärt und nicht nur erzählt. Dabei hat die Schrift gar keinen Vorzug erhalten, der Text hat sich als Medium für die Analyse der Taten und des Umfeldes wieder emanzipiert.



Die Schwierigkeit im Umgang mit fotografischen Quellen ist in der Geschichte der Ausstellung belegt. Dabei betraf die Kritik nur zum Teil sachliche Fehler, die großformatigen Fotos, die so nicht mehr zu sehen sind, hatten auch eine emotionalisierende Funktion. Wie beurteilen sie die Konjunktur von schockierenden Fotos, die jetzt in Dokumentationen über deutsche Kriegsgefangene oder im zum Buch „Der Brand“ von Jörg Friedrich nachgereichten Bildband über die Bombardierung deutscher Städte stattfindet?

Ob es sich dabei überhaupt um eine Konjunktur handelt, wird sich erst noch zeigen, denn eine Konjunktur lebt von gesteigerter Nachfrage. Aber die Strategie der erwähnten Unternehmungen scheint klar: Material bereitzustellen für eine Verankerung von Deutschen als Opfern im gesellschaftlichen Bildhaushalt. Das Problem für dieses fragwürdige Projekt ist nur, dass jede deutsche Stadt bereits Luftaufnahmen der Zerstörung besitzt und das Foto von Dresden bereits Ikonenfunktion für den Luftkrieg hat. Zur Visualisierung deutscher Kriegsgefangener ist das nicht viel anders. Sollte hier zusammenhanglos durch die Präsentation von „Opfern“ die Frage nach den „Tätern“ stimuliert werden, so wird sich das Maß an politischer Bildung unter den Deutschen über die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg beweisen können. Ich bin da ganz zuversichtlich.

Die Wehrmachtausstellung wird vom 14. November 2003 bis 11. Januar 2004 in Halle gezeigt. Wer hat sich für die Präsentation in Halle eingesetzt?

Die Stadt Halle, das Stadtmuseum sowie Kulturpunkt. 13 aus Leipzig

Zwei Wochen vor Eröffnung ist noch nichts über das städtische Rahmenprogramm bekannt. Wie beurteilen sie die

Begleitung in Halle? Arbeitet das Ausstellungsteam des Hamburger Instituts mit den lokalen Veranstaltern zusammen oder sind solche Entscheidungen, wie die im Ausstellungsort Peenemünde, die Wehrmachtausstellung mit dem Eintritt für die Ausstellung über die Massenvernichtungswaffe V2 preisgünstig zu kombinieren, allein Vorgehensweise der örtlichen Veranstalter?

Die jeweiligen Begleitprogramme sind stets Projekte der örtlichen Veranstalter, für die das Hamburger Institut für Sozialforschung auf Anfrage gerne Anregungen gibt. Auch in Halle liegt ein Begleitprogramm vor, das Vortrags- und Filmreihen, Lesungen sowie Diskussionen anbietet. Das Kombiticket für das weiträumige Gelände in Peenemünde war eine Idee des dortigen Museums, was rein technische Gründe hatte.

Die Ausstellung ist seit ihrem Bestehen zentrales Angriffsziel für die rechtsextreme Szene. Auch in Halle ist eine Demonstration, mit dem Ziel Verbrechen der Wehrmacht zu leugnen und zu relativieren, angemeldet. Für die Begleitung von Besuchergruppen innerhalb der Ausstellung werden durch die lokale Veranstaltungsagentur Kultur13 u.a. studentische Hilfskräfte eingesetzt. Inwieweit werden diese und andere Honorarkräfte vor diesem Hintergrund vorbereitet?

Wir bereiten das pädagogische Begleitpersonal sowohl inhaltlich als auch didaktisch vor. Dazu gehören auch Strategien gegen beständiges Stören eines Ausstellungsrundgangs. Für die Sicherheit der Besucher und der Ausstellung ist stets gesorgt.

Wir danken Ihnen.

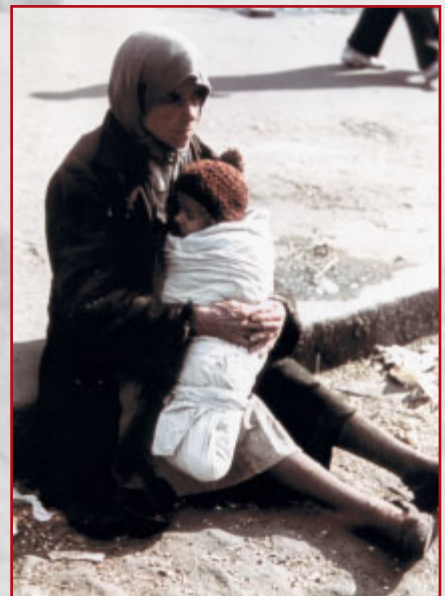
Das Gespräch führten Anke Lohmann und Sven Barquet.

„Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“
15. November 2003 bis 11. Januar 2004
Tschernyschewskij-Haus
Moritzburgring 10
06108 Halle
Anmeldung von Führungen sowie Information:
Tel.: 0341/96 28 630
Fax: 0341/96 28 631
info@kulturpunkt13.de
www.verbrechen-der-wehrmacht.de

Wir danken dem Hamburger Institut für Sozialforschung für die Zurverfügungstellung des Bildmaterials und die Genehmigung zum Abdruck.

Bilder (v.l.n.r.):

- Sowjetische Gefangene bei Kiew (ohne Datum)
Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover
- Opfer auf dem Weg zur Exekution, Kriwoj Rog (vermutlich 15.10.1941)
Landesarchiv Schleswig (LAS)
- Opfer auf dem Weg zur Exekution, Kriwoj Rog (vermutlich 15.10.1941)
Landesarchiv Schleswig (LAS)
- Transport von sowjetischen Kriegsgefangenen, Smolensk (1941/1942)
Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung
- Charkow (ohne Datum)
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (bpk)



Ländliche Räume in Sachsen-Anhalt brauchen eine Zukunft

von Hans-Jörg Krause

Die Politik darf jene Regionen nicht vergessen, die, gemessen an den städtischen und stadtnahen Ballungszentren, heute mehr denn je unter großen strukturellen Defiziten sowie unter einem gravierenden Bevölkerungsrückgang leiden. Während im Landesdurchschnitt 125 Einwohner auf einem Quadratkilometer leben, sind es z. B. im Altmarkkreis Salz-

gerade junge Menschen in den ländlichen Räumen inofgeschon heute deutlich schlechtere Zugangsbedingungen zur schulischen und beruflichen Ausbildung sowie zur Kultur und verfügen am Ort bzw. in Ortsnähe über ein weitaus geringeres Berufs- und Arbeitsplatzangebot als ihre Alterskollegen in den Städten. Schulwege von über 60 Minuten sind längst

gesammelten Erfahrungen mit den Landambulatorien nachzudenken. Die Förderung solcher typisch ländlichen Gesundheitszentren – ob in kommunaler oder auch ärztlicher Trägerschaft – dürften mit Sicherheit geeignet sein, gerade jungen Ärzten den Start ins Berufsleben zu erleichtern, indem sie zunächst oder generell als Angestellte in diesen Einrichtungen arbeiten und sie sich so die Aufnahme hoher Kredite ersparen können. In Kombination mit solchen ärztlichen Gesundheitszentren könnte sich zusätzlich Handel, Handwerk und Gewerbe ansiedeln und ein konzentriertes Dienstleistungsangebot vorgehalten werden. Da der nicht-mobile Teil der Bevölkerung gerade auf dem Land immer größer wird, ist es mindestens gerechtfertigt, über die Entwicklung und Förderung solcher ländlicher Versorgungszentren nachzudenken.

Mit unseren „Thesen zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt“ stellen wir außerdem klar, dass die größte Herausforderung für die Politik und die Wirtschaft darin besteht, zu verhindern, dass diese Regionen als Wirtschaftsstandorte immer mehr an Attraktivität verlieren und das Angebot an Arbeit zusehends enger wird. Auch wenn die Landwirtschaft selbst in den ländlichen Regionen längst nicht mehr die einstige herausragende Rolle spielt, so sollte sie aber gerade in den stadtfernen Räumen nach wie vor das wirtschaftliche Rückgrat bleiben oder wieder werden. Eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig und multifunktional ausgerichtet ist und für die Nutzung und Bewahrung der eigenen Ressourcen als Nahrungs-, Rohstoff- und Energiequelle steht. Hier eingeschlossen sind selbstverständlich die Bereiche der Fisch-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Das ist der Weg zu wieder mehr Arbeitsplätzen auf dem Lande und zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume überhaupt.

Dagegen bezweifeln wir ernsthaft die diesbezügliche Sinnhaftigkeit der EU-Agrarreform. Sie öffnet der Liberalisierung des Agrarhandels Tür und Tor, stellt damit die Weichen für eine Fremdversorgung der Regionen und des Landes und wird zwangsläufig die Zerstörung gewachsener, zukunftsträchtiger Strukturen zur Folge haben.



wedel 43, im Landkreis Stendal 56 und in Anhalt-Zerbst 62 Einwohner. Die Konsequenzen, die sich daraus für die entsprechenden Landkreise, Kommunen und nicht zuletzt für die hier lebenden Menschen ergeben, gestalten sich wesentlich dramatischer als in den städtischen Ballungsgebieten.

Nehmen wir nur die Kürzung der Entfernungspauschale. Sie trifft vor allem die Menschen in den ländlichen Räumen, denn hier gibt es kaum eine Wahlfreiheit zwischen PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Hinzu kommen noch viele andere Probleme, die eine besondere Brisanz schaffen.

Für die Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt ausreichend Anlass, sich Ressort übergreifend dem ländlichen Raum zuzuwenden. Seit unserer Sommerklausur liegt nunmehr ein Diskussionsmaterial mit dem Arbeitstitel „Thesen zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt“ auf dem Tisch der Fraktion. Es geht um die Suche nach Handlungsoptionen, die ausdrücklich über die Frage der Land- und Ernährungsgüterwirtschaft hinausgehen sollen.

Gemessen an den Möglichkeiten in den Ballungsgebieten haben beispielsweise

keine Seltenheit mehr. Für die Träger und Organisatoren der Schülerbeförderung wird es immer komplizierter, der Faustregel „kurze Beine – kurze Wege“ zu entsprechen.

Es muss gerade auf dem Land darum gehen, den Bestand kleinerer Schulen zu ermöglichen, d.h. die Soll-Schülerstärke in Sekundarschulen von 240 auf 180 und die der Gymnasien von 450 auf 360 zu reduzieren, so wie es die PDS fordert. Es reicht also nicht aus, mittels „politischer Feuerwehreinsätze“ Ausnahmeregelungen zu schaffen, sondern es geht darum, dass mit größerer Verbindlichkeit und immer unter Beachtung der konkreten Situation Stadt und Land noch differenzierter als bisher betrachtet werden müssen.

Eine Besorgnis erregende Tatsache ist auch, dass das Netz der Hausärzte auf dem Land immer großmaschiger und die medizinische Versorgung stark gefährdet wird. Nicht in der Anzahl der Ärzte pro 10.000 Einwohner. Das Problem besteht vor allem darin, dass z.B. in den beiden Altmarkkreisen nur 543 berufstätige Ärzte eine Bevölkerung versorgen müssen, die hier auf einer Fläche von über 4.700 Quadratkilometern lebt. Die Distanz zwischen Patient und Arzt wird immer unzumutbarer. Wir schlagen vor, über die in der DDR

„Verfassung von Rom“ oder „Verfassung von Nizza“?

von Jens Wolfram, Brüssel

1. Die „Verfassung von Rom“

Zur Zeit berät eine Regierungskonferenz über den vom Europäischen Konvent vorgelegten Entwurf eines Vertrages über eine „Verfassung für Europa“. Dieser Vertrag sieht die Gründung einer (neuen) Europäischen Union vor und umfasst die Gesamtheit aller Normen, welche die Grundordnung dieser künftigen Union festlegen sollen. Darin werden die Werte und Ziele sowie die Grundprinzipien der Union festgelegt, es werden die Regelungen zu den Unionsorganen, zu den Gesetzgebungskompetenzen und den Gesetzgebungsverfahren getroffen, und es wird ein umfangreicher Grundrechtskatalog darin verankert. In der Normenhierarchie der Union sollen diese Normen den höchsten Rang einnehmen. In Anlehnung an den Begriff der Staatsverfassung hat sich der Konvent deshalb entschieden, diesem Vertrag den Titel „Verfassung“ zu geben, obgleich diese Union gerade kein Staat ist, sondern – wie die Europäische Gemeinschaft – lediglich eine „(bundes)-staatsähnliche“ supranationale Organisation. Im Unterschied zu einem Staat besitzt die Union keine Kompetenz-Kompetenz; sie hat also nicht die Kompetenz, sich selber Kompetenzen zuzuweisen. Diese Macht liegt vielmehr bei den Mitgliedstaaten. Nach den derzeitigen Zeitplänen soll die Unterzeichnung des Verfassungsvertrages am 9. Mai 2004, dem Europatag, in Rom stattfinden. Als „Verfassung von Rom“ würde der Vertrag aber erst dann in Kraft treten, nachdem er anschließend von allen beteiligten 25 Staaten ratifiziert worden ist.

2. Die „Verfassung von Nizza“

Die heutige Europäische Union wurde 1993 durch den Vertrag von Maastricht gegründet. Die Regelungen zur Grundordnung dieser Europäischen Union sind über mehrere Verträge verteilt; sie finden sich nicht nur im EU-Vertrag selbst, sondern zum Großteil auch im EG-Vertrag von 1957. In der Normenhierarchie der Union nehmen diese Verträge den höchsten Rang ein. Sie bilden somit in materieller wie in formeller Hinsicht die Verfassung der heutigen Europäischen Union. Gleichwohl ist stets nur die Rede von den „Verträgen, auf denen die Union beruht“. Die Bezeichnung „Verfassung“ war politisch nicht vertretbar. Zu groß

schien die Gefahr, dass von der Bezeichnung auf einen vermeintlichen Staatscharakter der Union geschlossen werden könnte.

Die „Verträge, auf denen die Union beruht“ sind zwischenzeitlich noch zweimal - durch den Vertrag von Amsterdam und zuletzt durch den Vertrag von Nizza - abgeändert worden. Wir haben es also mittlerweile mit der „Verfassung von Nizza“ zu tun. Diese Verfassung ist derzeit für 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltendes Recht und kann nur nach Ratifikation durch alle 15 Mitgliedstaaten geändert oder aufgehoben werden. Mit dem Inkrafttreten der Beitrittsabkommen von Kopenhagen zum 1. Mai 2004 wird sich diese Anzahl auf 25 erhöhen.

3. Entweder – Oder

Mit dem Inkrafttreten des Verfassungsvertrages werden zugleich der EG-Vertrag und der EU-Vertrag aufgehoben. Die „Verfassung von Rom“ würde also an die Stelle der „Verfassung von Nizza“ treten. In Deutschland bedarf die Ratifikation des Verfassungsvertrages eines Bundesgesetzes, das vom Bundestag mit 2/3-Mehrheit beschlossen wird und dem der Bundesrat mit 2/3-Mehrheit zustimmt. Eine auch von der PDS immer wieder geforderte Volksabstimmung hierüber hat erst jüngst der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der Unionsfraktion abgelehnt. Die unmittelbaren Einflussnahmemöglichkeiten der PDS auf die Ratifikationsentscheidung sind somit deutlich gesunken. Gleichwohl entbindet dies die PDS natürlich nicht von der Entscheidung, ob sie sich für oder gegen eine Ratifikation der „Verfassung von Rom“ durch die Bundesrepublik Deutschland einsetzt.

Dabei wird sich die PDS einem (scheinbaren) Dilemma gegenübersehen. Nicht der Entwurf der „Verfassung von Rom“ und schon gar nicht die „Verfassung von Nizza“ entsprechen den Visionen eines zukünftigen Europas, wie sie die PDS in ihrem Parteiprogramm darlegt. Dieses Erkenntnis ist hinsichtlich der „Verfassung von Nizza“ nicht neu und hinsichtlich der „Verfassung von Rom“ sicherlich nicht überraschend. Die Ratifikationsentscheidung bedeutet aber objektiv nicht ein „Ja“ oder „Nein“ zu diesen Verfassungen, sondern ein „Entweder –

Oder“. Tritt die „Verfassung von Rom“ nämlich nicht in Kraft, weil zum Beispiel Deutschland den Vertrag nicht ratifiziert, dann bleibt die „Verfassung von Nizza“ in Kraft. Mit anderen Worten: Wer die „Verfassung von Rom“ erfolgreich verhindert, behält die „Verfassung von Nizza“.

Derzeit werden die rechtlichen Rahmenbedingungen europäischer Politik durch die „Verfassung von Nizza“ festgelegt. Sie könnte durch die „Verfassung von Rom“ ersetzt werden. Würden dadurch günstigere Rahmenbedingungen für die Gestaltung linker Politik auf europäischer Ebene gesetzt werden? Ja, und zwar ganz überwiegend. Die „Verfassung von Rom“ ist deutlich demokratischer, deutlich rechtsstaatlicher und deutlich sozialer. Bleibt auch die „Verfassung von Rom“ kritikwürdig? Ebenfalls: Ja. Die „Verfassung von Rom“ ist nicht demokratisch genug, nicht rechtsstaatlich genug und schon gar nicht sozial genug. Schließt ein verantwortungsvolles „Ja“ zur Änderung der europäischen Verfassung die gebotene Kritik an der „Verfassung von Rom“ aus? Nein. Warum auch?



„Im Leben eines jeden Menschen gibt es Brüche. Gesellschaftliche Umbrüche haben auch persönliche Brüche zur Folge. Zu den unbewältigten Problemen der Vergangenheit kommen die neuen Sünden der Gegenwart hinzu.“ (Klaus Krupa)

www.projekte-verlag.de

„Dass man Menschen doch helfen muss“

von Katja Müller

Halle-Silberhöhe. Die Neubauplatte ist nur noch halb bewohnt. In einer kleinen Wohnung hängt ein Bild von Goethe. Auf die Frage „Warum?“ kommt ein augenzwinkerndes: „Ich heiße ja schließlich Schiller.“ Hans-Jürgen ist sein Vorname. Er ist Jahrgang 1950, studierter Diplom-Philosoph, verheiratet, Vater einer Tochter und inzwischen auch Großvater. Viel Zeit verbringt er nicht in seinen vier Wänden. Seit ihn 1992 nach der Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter und einer anschließenden Kreativitätslehre die Arbeitslosigkeit traf, ist Hans-Jürgen Schiller ehrenamtlich tätig. Sozusagen hauptberuflich. Seine Motivation beschreibt er deutlich: „um nicht zu verblöden und um soziale Bindungen zu haben“.

Neben der Tätigkeit als Schöffe beim Amtsgericht, einer vierjährigen Arbeit als stellvertretender Leiter der Schiedsstelle und dem Vorsitz der Bürgerinitiative „Silberhöhe“ ist er seit Frühjahr letzten Jahres einmal wöchentlich in der Bahnhofsmision im Einsatz. Beim Spazieren gehen beschloss er hier anzuklopfen. Verwunderte Blicke trafen ihn. War er doch der bisher Einzige, der sich von allein hier meldete und seine Hilfe anbot. Jeden Montag von halb acht bis halb eins – und oft auch auf Abruf – kümmert er sich um Bedürftige. Im Innendienst der Bahnhofsmision wird jeden Morgen liebevoll ein kostenloses Frühstück

zubereitet. Etwa 25 Menschen nutzen regelmäßig dieses Angebot. Unter ihnen viele Obdachlose und Alkoholranke. Überwiegend Männer, ein Drittel von ihnen unter 30 Jahren. Gerade in dieser



Hans-Jürgen Schiller

Jahreszeit wird die Notwendigkeit solcher Anlaufstellen deutlicher denn je. Im Außendienst ist Vielseitigkeit gefragt. Rollstuhlfahrern hilft man beim Umsteigen, Sehbehinderte Menschen werden zum Taxi gebracht und kleine Blessuren erhalten schnell mal ein Pflaster. Dies wird von der Bahn dankend angenommen, wogegen die Mission an sich eher

stiefkindlich behandelt wird. Seit der Hallenser Bahnhof umgebaut wurde und einen neuen Anstrich erhielt, ist die Mission als Anlaufstelle nicht mehr über den Haupteingang erreichbar.

Dass Hans-Jürgen Schiller bekennender Atheist ist, hält ihn nicht davon ab, sich in kirchlich-gemeinnützigen Einrichtungen wie dieser einzubringen. Sein Motiv hierfür ist wiederum sein soziales Engagement, das sich auch in seiner politischen Tätigkeit ausdrückt. Als PDS-Mitglied findet kein Wahlkampf ohne ihn statt. Dass er, wie er selbst sagt, in der Partei nicht das Echo findet, stört ihn dabei weniger.

Während unseres Gesprächs klingelt es plötzlich an der Tür. Ein Bekannter fragt ihn um Hilfe, er will nicht allein zum Arbeitsamt gehen. „Ja, klar, ich komme mit“, ist die prompte Antwort. Gleich nach unserem Gespräch wird Hans-Jürgen Schiller die Details mit dem arbeitslosen Nachbarn besprechen. Eine typische Szene aus seinem Alltag.

Auch künftig wird der engagierte Hallenser noch so einiges anpacken. Und sein vierjähriger Enkel? Der soll mal so werden wie sein Großvater. Wenn die beiden spazieren gehen und von obdachlosen Menschen um Geld angebettelt werden, sagt Hans-Jürgen Schiller nicht nein. Schließlich soll auch sein Enkel schon lernen, „dass man Menschen doch helfen muss“.

Bürger schützen kommunales Eigentum

Die Stadtwerke Dessau sollen 100-prozentiges kommunales Eigentum bleiben.

Das Ansinnen von CDU, Teilen der SPD und Alternativer Fraktion (Bündnis 90/Grüne) eine Marktabfrage zum Anteilsverkauf der Stadtwerke zu starten, fand in der Stadtratssitzung 3. September 2003 keine Mehrheit. Das Ergebnis fiel mit einer Stimme Mehrheit gegen die Marktabfrage äußerst knapp aus.

Mit einem Bürgerbegehren/-entscheid sollen alle weiteren Aktivitäten zum Verkauf von öffentlichem Eigentum (Stadtwerke Dessau) beendet werden. Ziel des Anteilverkaufes sollte die Konsolidie-



rung des Haushaltes der Stadt Dessau sein. Da dies aber nur ein Tropfen auf den bekannten heißen Stein bei der allgemeinen Schieflage der Haushalte ist und man mit einem Verkauf Lebensgrundlagen dem Gewinnstreben um jeden Preis aussetzt, ist es folgerichtig dieses Unterfangen zu vereiteln.

Inzwischen umfasst das gebildete Personenbündnis über 325 Einwohner der Stadt Dessau. Im Wesentlichen setzt sich das Bündnis aus Mitgliedern des Mieterbundes, der Gewerkschaft Verdi, Mitgliedern der PDS und der SPD zusammen. Seit Beginn des Bürgerbegehrens am

13. Oktober 2003 hat das Bündnis 1.750 Unterschriften gesammelt. 5.000 Unterschriften sind erforderlich, um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. In über 21 Stützpunkten wird im Stadtgebiet für das Begehren gesammelt.

An dieser Stelle bedanken sich die Initiatoren für die breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Dr. Siegfried Dömeland (SPD, Vorsitzender des Mieterbundes)

Uwe Henschke (Verdi Dessau)

Ralf Schönemann (PDS, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat)

Der Bürgerentscheid soll anlässlich der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004 stattfinden.

Friedenswege für eine zivile Colbitz-Letzlinger Heide

von Gerda Krause, Gardelegen

An jedem ersten Sonntag im Monat gehen Mitglieder, Sympathisanten, Interessierte der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE auf ihren Friedensweg. Immer wieder wollen wir damit die Colbitz-Letzlinger Heide Stück für Stück symbolisch in Besitz nehmen, mit friedlichem, fröhlichen Leben erfüllen. Grund als auch



tiefe Überzeugung unseres nun schon Jahre dauernden Protestes ist die Nutzung einer vom Naturpark umgebenen ca. 23.200 Hektar großen Fläche für militärische Zwecke durch Bundeswehr und künftig auch durch Nato-Verbände. Mit diesem Gefechtsübungszentrum hat Sachsen-Anhalt 2,64 Prozent Truppenübungsplatzanteil aller Bundesländer. Entgegen allen Hoffnungen, entgegen den Willen von Bürgern, eingeschlossen politischer Mandatsträger vom Landesparlament und der Kommunen Anfang der 90er Jahre, die Heide nach dem Abzug der Roten Armee einer zivilen Nutzung zuführen zu können, entstand hier einer der größten und modernsten - auch im weltweiten Vergleich - Truppenübungsplätze. 1994 widerrechtlich durch die Bundeswehr unter Missachtung gefasster Landtags- und Kreistagsbeschlüsse in Besitz genommen, wurde dieser Zustand 1997 durch einen Kompromiss zwischen der damaligen rot-grünen Landesregierung und dem Bund legalisiert. Seit diesem Zeitpunkt wurden in den Bau und Ausbau des Gefechtsübungszentrums 952 Millionen Euro investiert. Diese finanziellen Aufwendungen sind keine „Gaben“, keine „Geschenke“ der Bundeswehr. Diese Gelder wie auch noch folgende finanzielle Zahlungen bis zum Abschluss der

Errichtung des GÜZ im Jahre 2006 sind allgemeine Steuergelder. Milliarden Euro werden bis dahin für fragwürdige militärische Projekte wie das GÜZ in der Colbitz-Letzlinger Heide, für den immer teurer werdenden Euro-Fighter u.a. ausgegeben. Und dies in einer Zeit, in der die rot-grüne „Gesundheitsreform“, das „Rentennotpaket“, die Hartz-Gesetze mit ihren massiven sozialen Einschnitten, die zunehmend mehr Menschen in ihrer Existenzsicherung treffen werden, durch die Spitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als alternativlos und notwendige „Opfer“ deklariert werden. Hier wird ein Zusammenhang zwischen der Politik der Militarisierung der Außen- und Innenpolitik einerseits und des massiven Sozialabbaus andererseits sehr deutlich. Gegen solche Politik protestierten bisher nicht nur die Heidewanderer in der Altmark. Auch die sehr viel größere Bewegung gegen das Bombodrom in der Ruppiner Heide, die Proteste gegen die militärische Nutzung im Zeitzer Forst und die Demonstration von 100.000 Menschen am 1. November 2003 in Berlin machen auf diesen Zusammenhang aufmerksam.

Unsere Befürchtungen hinsichtlich der Einbindung des GÜZ in ganz andere Aufgaben als „Üben für die Verteidigung“ sollten sich bewahrheiten. Bereits mit der Konkretisierung der Ziele der Bundeswehr in der Aussage „...den Zugang zu den Weltmärkten und Rohstoffquellen zu sichern“ in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1993 fand dies seine Bestätigung. Der heutige Verteidigungsminister Struck sieht es als notwendig an, dass „deutsche Interessen auch am Hindukusch“ verteidigt werden müssen. Darüber hinaus ermöglichte er Bundeswehreinätze im Ausland auch ohne Zustimmung des Bundestages. Dies bestätigte, wie schnell die Bundeswehr in den letzten Jahren zu Krisen- und Interventionsstreitkräften umstrukturiert wurde, wie schnell die Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt wurde. Wir mussten wieder erfahren, wie schnell sich auch Menschen wieder an Krieg gewöhnen können, wenn er nur weit weg ist!

Wir Heidewanderer wollen uns nicht abfinden. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt, aber das uns Mögliche wollen wir auch weiterhin tun. Deshalb gehen

wir allmonatlich in die Heide auf den Friedensweg. Auch künftig wird die OFFENE HEIDE dem Zeitgeist, den Angriffen oder dem Verschweigen ihrer Aktivitäten trotzen. Weiterhin werden wir die zivile Nutzung der Heide einfordern. Sie soll dem Leben von Mensch, Tier- und Pflanzenwelt dienen. Sie soll nicht dazu missbraucht werden, das Töten zu üben. Es ist an der Zeit, eine Welt ohne Waffen anzustreben. Frieden schaffen mit dem Abbau von Waffen! Dafür findet wiederum unser 125. Friedensweg am 7. Dezember, um 14 Uhr, in Jävenitz neben der Kirche statt mit einer vier Kilometer langen Wanderung, mit weihnachtlichen Überraschungen und einem Adventskaffee bei Akkordeonmusik in der Gaststätte „Zur Ganz“. Den in der Vorweihnachtszeit sicher wieder wohlklingenden Friedensreden vieler Politiker setzen wir diese sowie die nachfolgenden Friedenswege entgegen. Dazu lade ich jeden herzlich ein.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

6. Dezember, 10.00 Uhr, BTM Magdeburg
Kommunalpolitischer Workshop
www.pds-sa-lt.de oder
landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

7. Dezember
Friedensweg der OFFENen HEIDE
www.offeneheide.de

9. Dezember, 18.30 Uhr, Magdeburg
Landesvorstandssitzung der PDS Sachsen-Anhalt

17. Dezember, 18.00 Uhr, KIZ Magdeburg
Diskussion zum Programmparteitag und zur „Agenda Sozial“
mit Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende)
Tel.: 0391/7 44 79 24

18. Dezember, 16.00 Uhr, KIZ Magdeburg
Abgeordnetensprechstunde
mit Birke Bull (MdL und Mitglied des LV)

4. Januar
Friedensweg der OFFENen HEIDE
www.offeneheide.de

17. Januar, 10.00 Uhr, Klubhaus Weißenfels
Auftaktveranstaltung der Region Südliches Sachsen-Anhalt zur Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl
mit Rolf Kutzmutz (Bundesgeschäftsführer der PDS)

13. Januar, 18.30 Uhr, Halle
Landesvorstandssitzung der PDS Sachsen-Anhalt

Schulschließungen bedeuten zusätzliche weiße Flecken in der Bildungslandschaft

von Günter Rettig, Stendal

In der Sitzung des Kreistages Stendal am 23. Oktober nahm die Diskussion zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2004/05 – 2008/09 einen breiten Raum ein. Die Fraktion PDS/Bündnis 90/Die Grünen brachte in ihrer Stellungnahme zum Ausdruck, dass sie dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen wird.

Unsere Gründe für die bisherige Ablehnung:

1. beschloss der Kreistag am 25. September 2003 mit großer Mehrheit eine Resolution, in der die Erwartung gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck gebracht wurde, eine Gesetzesänderung zu befördern und die Schulentwicklungsplanung bis zur endgültigen Planung auszusetzen. Wenn wir diesen Beschluss ernst nehmen, kann unsere Entscheidung nicht anders lauten.
2. brachten gerade am Tage der Beratung des Kreistages die Fraktionen der PDS und der SPD zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Schulgesetzes in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein, die sich in vielen Grundaussagen gleichen, wobei der Gesetzentwurf unserer Landtagsfraktion im Wesentlichen die Forderungen der Initiative „Schule vor Ort“ berücksichtigt, die den Problemen der dünn besiedelten Regio-

nen wie der Altmark Rechnung tragen. Darüber hinaus brachte die PDS-Fraktion einen Entschließungsantrag zur Änderung des Schulgesetzes ein, die den Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit einräumen soll, „den Prozess der SEP1 bis zum Abschluss der parlamentarischen Beratung der Gesetzentwürfe im Landtag auszusetzen“.

3. ist unser Standpunkt unverändert:
 - die Vorgaben durch das Schulgesetz und die Verordnung zur MitSEP1 lassen dem Landkreis zum gegenwärtig vorliegenden Entwurf kaum weitere zusätzliche Schulstandorte zu; Alternativen sind zwangsläufig immer mit der Schließung einer Schule an einem anderen Standort verbunden. (Arneburg oder Goldbeck, Kläden oder Bismark bei den Sekundarschulen; Seehausen oder Osterburg bei den Gymnasien),
 - beim Gymnasium Havelberg dagegen sehen wir die Situation anders: eine Beschulung des Gymnasiums ist unseres Erachtens auch nach 2005/2006 als eigenständiges Gymnasium zu planen, da sich die Bedingungen der „Ausnahmeregelung“ nicht verändern. Die Entfernungen nach Tangermünde werden sich auch mit den Jahren nicht verringern.

Entsprechend der Aufstellung der Verwaltung würden die Schüler von 24 der 27 Gemeinden Fahrzeiten von über 60 Minuten zum Gymnasium Tangermünde benötigen,

- Ausnahmen für eine ländliche und strukturschwache Regionen gibt es bisher nicht, kleine Schulen erhalten keine Chance – neben der schon vorhandenen schwachen Struktur kommen weiße Flecken in der Bildungslandschaft,
- finanzielle Einsparungen durch die Schließung von Schulen sind minimal und rechtfertigen diese unseres Erachtens nach nicht,
- auch wenn wir die Problematik der Gymnasien Havelberg und Tangermünde außer Acht lassen, sind und bleiben die Schülerbeförderung und die Fahrzeiten im Rahmen des ÖPNV ein Problem. Selbst wenn es im Moment nur die Schüler der 5. Klassen betrifft, werden bereits jetzt 19 Schüler aus 14 Gemeinden im Rahmen der freigestellten Schülerbeförderung mit bis zu zwei Umstiegen befördert, um die Fahrzeit von 60 Minuten einzuhalten.

Unter all diesen Gesichtspunkten ist eine Zustimmung für die Kreistagsfraktion von PDS und Bündnis 90/Die Grünen nicht möglich.

Mit der Jugend in die Zukunft

von Markus Frenzel, Magdeburg

Bereits im August 2003 hatte sich die BO „Jugend“ in die BO „Zukunft“ umbenannt. Mit diesem nun auch äußerlich deutlich sichtbaren Zeichen soll zum Ausdruck kommen, dass die BO-Mitglieder in allererster Linie aktiv an der Zukunft der PDS mitarbeiten möchten. So brachte zu den bisherigen Treffen auch ein Jeder seine Ideen und Gedanken mit, die dann untereinander ausgetauscht und zur Diskussion gestellt wurden. Allen ist dabei bewusst geworden: Unsere Partei muss noch mehr für Jugendliche tun! Es fehlt zum Teil an entsprechend attraktiven Angeboten für junge Leute. Zwar sind bereits einzelne, durchaus erfolgreiche Projekte wie etwa

der „Fuxbau“ in Hettstedt vorhanden, aber für eine landesweit ausstrahlende Jugendarbeit ist dies einfach zu wenig. Mithin haben sich alle bereit erklärt, etwas beizutragen, um dies zu ändern. So ist derzeit ein Konzept für den Start eines konkreten Jugendprojektes in Arbeit. Der Entwurf wurde beim letzten BO-Treffen „heiß“ diskutiert. Dabei haben auch einige Gäste teilgenommen. Im November wird dann das endgültige Konzept vorliegen. Das Projektkonzept wird dann den entsprechenden Gremien zur weiteren Beratung vorgelegt werden. Anschließend sind alle Verbände, in denen das Jugendprojekt durchgeführt wird, aufgefordert mit zu helfen,

um es auch erfolgreich verwirklichen zu können.

Es ist vorgesehen, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich mehrmals in der Woche nachmittags zu treffen. Für sie muss es dabei natürlich Angebote geben, die sie auch annehmen. Nur wenn die PDS für junge Menschen attraktiv ist und wir ihnen etwas anbieten können, werden wir auch neue Mitglieder gewinnen. Die politische Bildung darf dabei aber nicht ausgeblendet werden. Denn es ist auch für unsere Zukunftsarbeit wichtig, dass wir den Jugendlichen Alternativen zur jetzigen neoliberalen Politik der Schröder-Regierung sowie zur CDU/CSU-Opposition aufzeigen.

Briefe aus dem Landtag Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

mir is richtig mulmig. Die Roten, die woll'n uns unsre Minister (kommt ausm Lateinischen, heißt „Diener“, sacht mein Fremdwörterbuch von 1879) klauen. Machen die madich. Aber Mann, wir brauchen die doch! Wo kommen wir denn hin, wenn die jeda anpinkeln kann? Nimm ma den für die Justiz. So ein honorijer Mensch, setzt sich ein, kümmt sich. Und da hat'a nu nen Brief jeschrieben – Gott, wer denn nich? Der Mann will wat tun für Kumpel und Partner, dafür kann man dem doch nich an die Wäsche! Is doch sein Job! Na ja, der is von die Justiz, aber grade – der weeiß doch, wie det is mit Recht haben und Recht bekommen. Und nu faseln die von die Unabhängigkeit der Jerichte und so. Spieln einfach die Naiven, dabei wissen sie det doch besser! Und der is ein richtich anständiger Mensch. Kümmert sich halt, is ooch richtich, so läuft doch det System. Na, wer'n wir schon hinkriegen – sind ja schließlich mehr!

Aber damit nich jenuch – unsern Minister von die Schulen und Hochschulen, den wolln die knacken, richtich weichklopfen woll'n se den. Dabei is der Professor! Mann, so fertich habe ick den noch nie jesehen, der hat in die Kanzel im Parlament ja richtich jequieckt, so ham se den jezuckt. Quaken die Säcke – die roten – doch von „Ermächtigungsgesetzen“ und so. Unhistorische Bande, so unjefähr hat der Minister sie dann jenannt. Richtich! Wozu ham wir denn ne Regierung? Damit die weeiß, wat für die Hochulen jut is, wozu denn sonst? Und denn soll jefälligst der Minister ooch bestimmen! Kann doch hier nich jeder rumlabern, wer wo wat studiern kann! Lächerlich. Wir wissen schon, wie det sein muß. Also, äh – unser Minister weeiß det. Und dann jehn die mit so'nem klugen Mann so um! Hoffentlich haut der nich in'nen Sack!

Aber – det kommt noch schärfer. So'n Minister hat ja Vapflichtungen, muß ooch mal in Aufsichtsräten rumsitzen und so. Jehört dazu. Und klar is ooch, dass so'n Minister über Fördamittel und so Zeugs zu entscheiden hat, über Knete also. Dazu is'er doch da! Der Mann is so ein aufrechta Kämpfer vor die Demokratie – also seit Herbst 89, wirklich! Der hat Ahnung, von Bauwesen und so'n Zeugs, und ooch, wie det früher hier war. Aber nee, Scham kennen die roten Säcke nich. Da stellt doch so'n Schnösel von die über 20 Fragen an die Regierung, wolln unsern Minister damit mies machen, jeben det natürlich ooch jenüßlich an die Schmierfinken von die Presse. Aber nischt da – det System steht und funktioniert. Da is schon unser Ministerpräsident davor. Der hat klar jesacht, er hat über die Minister zu entscheiden – basta! Der versteht wenigstens wat von richtiger Demokratie!

So, Ete, und damit sieh'ste klar, wie det hier funktioniert mit die Pollitik!

Bis denn – Dein Kump! Aldi

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben

Auflage: 6.100 Exemplare · **Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. November 2003 · klartext erscheint jeden zweiten Monat.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

425.000 Euro für soziale Projekte

Seit der Diätenerhöhung für die Landtagsabgeordneten 1995 zahlen die Mitglieder der PDS-Fraktion den damals von der Mehrheit beschlossenen Aufwuchs der Bezüge in den Solidarfonds der Landtagsfraktion ein.

In acht Jahren sind so etwa 425.000 Euro zusammengekommen. Mit diesem Geld hat die Fraktion soziale und ökologische Projekte gefördert, auch in Not geratene Personen.

Auch im zurückliegenden Jahr wurden u.a. Projekte und Aktivitäten der Vereine von Tschernobyl, des Evangelische Kirchenkreises Halberstadt, vom Kinderland Aschersleben, dem Fuxbau Hettstedt, der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, des BUND oder des Allgemeinen Behindertenverbandes in Sachsen-Anhalt unterstützt – unter dem Motto: **Sozial und solidarisch!**

Liebe Leserrinnen und Leser, das Jahr 2003 neigt sich dem Ende entgegen – und damit auch das erste Jahr unseres Magazins. Es war eine mutige Entscheidung, als der Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt vor gut zwölf Monaten beschloss, ein solches Magazin allein durch Spenden finanziert herauszugeben. Dieser Mut sollte belohnt werden. Wir haben als Redaktion für unsere Arbeit viel Zuspruch erhalten, auch mit konstruktiver Kritik haben sich Leserinnen und Leser an uns gewandt. Fazit: klartext ist auf dem Markt der Möglichkeiten etabliert und konnte seine Auflage kontinuierlich steigern. Welches Printmedium kann das momentan schon von sich behaupten! Ich möchte mich im Namen des Herausgebers und der Redaktion bei Ihnen und Euch für das Interesse an unserem Magazin und die Unterstützung bedanken.

Wir haben uns für 2004 viel vorgenommen: Wir wollen unsere Themenvielfalt weiter erhöhen, am Layout feilen und natürlich den „Absatz“ vorantreiben. Für Hinweise und Anregungen sind wir auch in Zukunft sehr dankbar.

Ich wünsche Ihnen und Euch weiterhin die Kraft und den Mut, sich mit den Verhältnissen in unserem Land nicht abzufinden, persönlich alles Gute und ein frohes Weihnachtsfest!

Matthias Höhn, Chefredakteur

Noch ist es Zeit. Probieren Sie doch einmal: Rosis Weihnachtsstollen (nach Dresdener Art)

Vorbereitung:

Zuerst die Sultaninen lesen, heiß abspülen und gut abtropfen lassen und dann in eine Schüssel geben, den Rum darüber geben und mindestens 24 Stunden bei gelegentlichem Umrühren bei Zimmertemperatur ziehen lassen.

Am Vorabend die Mandeln brühen und abziehen, dann hacken (nicht zu fein). Über die gehackten Mandeln das Bittermandelarome geben und bei Zimmertemperatur bereit stellen.

Die Schüsseln jeweils abdecken.

Alle übrigen Zutaten bereitstellen, damit sie Zimmertemperatur annehmen.



Sie brauchen:

500 g Mehl
200–250 g Backmargarine
200–250 g Sultaninen
100–150 g Mandeln
100–150 g Zitronat
100 g Zucker
 $\frac{1}{4}$ Liter Milch – lauwarm
6 g Salz
1 Würfel Hefe
abgeriebene Schale von einer ungespritzten Zitrone
Bittermandelaroma
zerlassene Butter
Puderzucker
und nicht zu wenig Rum (etwa 100 ml)

Das ergibt einen Stollen von ca. 1500 g

Rosi Hein, Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt, beim Schaukochen auf der Messe in Magdeburg im Oktober 2003

Am nächsten Tag geht's los:

Der Raum sollte mindestens 25 Grad warm sein.

Das Mehl (ca. $\frac{3}{4}$ der Menge) in eine große Schüssel sieben, eine Vertiefung mit hohem Rand in die Mitte drücken. Dort hinein die Hefe bröseln und einen Esslöffel Zucker darüber geben, mit etwas warmer Milch zu einem dickflüssigen Teig verrühren und von außen mit Mehl überstäuben. Zugedeckt etwa 20–30 Minuten stehen lassen.

Nun der Reihe nach das Salz, die Margarine und den Zucker unterkneten, Milch dazu geben bis ein weicher Teig entsteht und dann die übrigen Zutaten hinzufügen (Reihenfolge: Zitronat, Mandeln, Sultaninen mitsamt dem Rum), Dazwischen immer gut durchkneten. Dann noch so viel Mehl hinzugeben, dass der Teig sich vom Schüsselboden löst. Mit einem Tuch abdecken und ihn mindestens 45 Minuten gehen lassen. Den Raum nicht lüften!

Anschließend den Teig noch einmal zusammenstoßen und einen Laib formen. In der Mitte mit einem Messer längs einschneiden (reißen) oder mit einem Nudelholz eine Hälfte längs ausrollen und über die andere Hälfte darüber schlagen und andrücken (legen). Dann sollte man dem Stollen noch ca. 20 Minuten Ruhe gönnen und nun kann er bei 175°C in den vorgeheizten Ofen, nach ca. 45 Minuten ist er fertig. Dann muss der heiße Stollen noch drei Mal gut gebuttert werden, bevor er mit Puderzucker überstäubt wird. Den fast erkalteten Stollen luftdicht in Alufolie und Plastetüte verpacken und bis zum Verzehr kühl stellen. Sieben Tage sind Muss, jede Woche mehr verbessert den Geschmack. Am besten sind vier Wochen Reifezeit.

Frohes Fest!